

20 Jahre private Altersvorsorge

Verbraucherschützer fordern Aus der Riester-Rente: Das müssen Sparer jetzt wissen



Colourbox.de

Die Riester-Rente wird 20 Jahre alt - aber Feierlaune kommt nicht auf. Im Gegenteil: Eine Verbraucherallianz fordert ein Ende dieser Form der privaten Altersvorsorge. Was die Experten an der Riester-Rente stört und wie Bürger trotzdem etwas für ihren Ruhestand tun können.

„Stoppt die Riester-Rente - sonst sehen wir alt aus“ - mit dieser Forderung sorgte kürzlich eine Verbraucherallianz aus dem Bund der Versicherten, der Bürgerbewegung Finanzwende und des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) für Aufsehen. Das Bündnis fordert ein Ende dieser Form der privaten Altersvorsorge.

Sie stellten ihre Kampagne 20 Jahre nach dem Beschluss des Bundestages über Einführung der Riester-Rente vor. Die Idee damals: Mithilfe der Riester-Rente sollen Verbraucher zusätzlich zur staatlichen Rente fürs Alter vorsorgen. Damit sie das machen, zahlt ihnen der Staat Zuschüsse.

Die Verbraucherschützer kritisieren schön länger die hohen Kosten der Riester-Rente. Deshalb profitieren aus ihrer Sicht nicht vorrangig die Bürger, sondern die Versicherungsunternehmen und deren Vertriebe. Kunden fänden kaum Versicherungs-Angebote mit niedrigen Kosten und zugleich guten Renditeaussichten, so die Verbraucherverbände.

Bürgerbewegung Finanzwende attackiert Riester-Rente massiv

Gerhard Schick von der Bürgerbewegung Finanzwende erklärte die Riester-Rente sogar für komplett „gescheitert“. Mit ihr sei „Rentenpolitik für die Versicherungslobby“ gemacht worden. Der Vorschlag des Kritikers: Es brauche ein einfaches und kostengünstiges Vorsorgeangebot Bürger.

Axel Kleinlein vom Bund der Versicherten nannte die Riester-Rente ein Desaster; sie sei ineffizient, intransparent und handwerklich schlecht umgesetzt.

Zweistellige Gebühren fressen Zulagen auf

Was die Kritiker mit ihren Vorwürfen meinen, sei an einem Beispiel aus der Realität aufgezeigt. Es geht um eine Riester-Police, die im Jahr 2005 abgeschlossen wurde. Es handelt sich bei dem Vertrag um eine fondsbasierte Riester-Rente. Die monatlichen Einzahlungen fließen in zwei Aktienfonds – sowie einen Fonds für Anleihen.

Am 31.12.2017 summierten die Einzahlungen des Policennehmers sowie die staatliche Zulagen auf gut 30.000 Euro. Davon betrug allein die Zulagen 1690 Euro.

An Kosten führte der Anbieter auf:

- Summe der einbehaltenen Abschluss- und Vertriebskosten: **2404,79 Euro**
- Summe der einbehaltenen Kosten für die Verwaltung des Vertrags: **2618,37 Euro**

Die Gesamtkosten beliefen sich also bis zum 31. Dezember 2017 auf **5023,16 Euro**. Bezogen auf das Vertragsguthaben von rund 30.000 Euro waren das mehr als 16 Prozent. Auch wenn es sich bei dem realen Beispiel um Zahlen aus der Vergangenheit handelt, kassieren die Anbieter oftmals heute noch üppige Gebühren von den privat Vorsorgenden.

Versicherungsverband sieht Reform-Bedarf bei Riester-Rente

GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen räumte ein: „Riester braucht eine Reform.“ Der Verband vertritt unter anderem die Anbieter von Riester-Policen. Diese Versicherung sei zwar mit aktuell mehr als 16 Millionen abgeschlossenen Verträgen die „weltweit erfolgreichste freiwillige staatlich geförderte Altersvorsorge“, so der GDV. Doch ein Kapitalaufbau sei mit einem Höchstrechnungszins von künftig 0,25 Prozent kaum möglich. Dazu ist anzumerken, dass ab dem 1. Januar 2022 Versicherer bei Riester-Neuverträgen maximal noch eine jährliche Verzinsung von **0,25 Prozent** versprechen dürfen. Das ist der sogenannte Grantiezins. Aktuell liegt er noch bei 0,9 Prozent. Grund für die neuerliche Senkung ist das derzeitige Niedrigzinsumfeld, in dem Anbieter keine hohen Erträge erwirtschaften können.

Als zweiten Kritikpunkt formuliert der GDV: Riester könnte dann mehr Bürger erreichen, „wenn wir die Förderung auf alle Bevölkerungsgruppen ausweiten und das komplizierte Zulagensystem vereinfachen.“

So funktioniert derzeit die Riester-Förderung

Um die maximale Zulage zu erhalten, müssen Berufstätige derzeit mindestens vier Prozent ihres rentenversicherungspflichtigen Einkommens einzahlen – abzüglich der staatlichen Förderung.

- Die **Grundförderung** beträgt **175 Euro** im Jahr.
- **Kinderzulage 1**: Für jedes bis 31.12.2007 geborene Kinder gibt es jährlich **185 Euro**.
- **Kinderzulage 2**: Jedes danach geborene Kind wird mit **300 Euro** jährlich gefördert.
- **Berufseinsteiger** unter 25 Jahren bekommen einen **einmaligen Bonus** von **200 Euro**.

Außerdem gilt: Damit Geringverdiener von der Riester-Rente profitieren können, beträgt der Sockelbetrag bei der Riester-Rente **jährlich 60 Euro**. Bürger mit niedrigem Einkommen müssen nur diesen Sockelbetrag zahlen, um die volle staatliche Förderung zu erhalten.

Steuerliche Vorteile

Wer riestert, kann seine Eigenbeiträge als Sonderausgaben steuerlich geltend machen. Darauf fallen dann keine Steuern an. Pro Jahr ist das für Beträge bis zu maximal 2100 Euro möglich. Je höher der persönliche Steuersatz liegt - je besser also jemand verdient -, desto größer ist der Spareffekt für den Arbeitnehmer.

Am meisten profitieren Familien mit mehreren Kindern von der Riesterförderung - dank der hohen Kinderzulagen.

Private Altersvorsorge unverzichtbar

Die Politik dürfte die Kritik der Verbraucherschützer wohl kaum rasch aufgreifen und für eine kostengünstige Form der Riester-Rente sorgen. Vor der Bundestagswahl im Herbst 2021 wird sich die scheidende Bundesregierung mit einem solchen Mammutprojekt sicher nicht mehr befassen.

Dennoch sollten gesetzlich Rentenversicherte sich auch um private Altersvorsorge kümmern. Dafür gibt es mehrere Gründe: Bereits derzeit muss der Steuerzahler die staatliche Rentenversicherung mit rund 100 Milliarden Euro im Jahr subventionieren. Um diesen Betrag übersteigen die Auszahlungen die regelmäßigen Beitragseinnahmen. Die gesetzliche Rente hat also ein Kostenproblem.

Dazu kommt, dass die Überalterung der Gesellschaft die Rentenkasse weiter unter Druck bringen wird. Schon jetzt erhalten reguläre Altersrentner bei Rentenbeginn im Schnitt nur 954 Euro pro Monat nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung (Stand 31.12.2019 laut Daten der Deutschen Rentenversicherung). Die Spanne reicht von durchschnittlich 1264 Euro für Männer in den neuen Bundesländern bis zu 700 Euro für Frauen in den westdeutschen Bundesländern. Wie auch immer eine anstehende Reform der gesetzlichen Rente aussehen wird – massive Steigerungen der monatlichen Auszahlungen sind kaum vorstellbar.

Gerade die derzeit aktiven Arbeitnehmer können durch die Wahl geeigneter privater Altersvorsorgeinstrumente die gesetzliche Rente steigern. **Private Rentenversicherungen sollten sind aber wegen der Niedrigzinspolitik uninteressant. Das dürfte sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern.** Doch es gibt geeignetere Instrumente:

Betriebliche Altersvorsorge (bAV)

Auch diese Variante fördert der Staat. Grob skizziert funktioniert die bAV so:

Der Arbeitgeber wandelt einen Teil des Bruttogehalts der Mitarbeiter direkt in eine bAV um. Die staatliche Förderung besteht darin, dass der Fiskus in der Ansparphase keine Steuern und Sozialabgaben auf diese Beträge fordert. Beschäftigter und Chef sparen also Abgaben – allerdings nicht unbegrenzt.

- Grundsätzlich dürfen maximal acht Prozent der Beitragsbemessungsgrenze West pro Jahr steuerfrei umgewandelt werden. Das sind im Jahr 2021 **6816 Euro**.
- Außerdem bleiben vier Prozent der BBG West sozialabgabenfrei - also **3408 Euro**.

Wer eine bAV-Police neu abschließt, bekommt außerdem Hilfe vom Chef:

- Arbeitgeber müssen sich mit **15 Prozent Zuschuss** auf die vom Mitarbeiter eingezahlten Prämien beteiligen. Von dieser gesetzlichen Vorgabe profitieren Inhaber älterer Verträgen allerdings erst ab dem 1. Januar 2022.
- Gesetzlich Krankenversicherte genießen bei den bAV-Auszahlungen einen **Freibetrag von 164,50 Euro monatlich**. Das bedeutet: Nur für Beträge, die diesen Schwellenwert überschreiten, müssen sie Abgaben an die Krankenversicherung zahlen. Das senkt die Abgaben. Privat Krankenversicherte müssen übrigens gar keine Beiträge aus bAV-Renten zahlen.

Nachteil dieses Modells: Wie die Beitragszahlungen steuerlich begünstigt sind, fallen in der Rentenphase Steuern auf die monatlichen Auszahlungen an. Die Höhe der Steuern ist abhängig vom individuellen Steuersatz.

Erwerb von Immobilieneigentum

Wer eine eigene Immobilie besitzt, spart sich die monatliche Miete. Das entlastet sein Budget. Oder er vermietet sein Objekt und streicht regelmäßig Geld ein.

Vorteilhaft ist, dass Immobilienfinanzierungen aktuell immer noch sehr günstig sind, weil auch hier die Zinsen deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Allerdings sind auch deshalb die immobilienpreise in den vergangenen Jahren stark gestiegen, sodass für den Kauf gerade in Ballungsgebieten hohe Summen verlangt werden.